

Sommerloch-Newsletter der Grünen in Duisburg

Wir sind drin!

In der neuen Geschäftsstelle Philosophenweg 2

Kreisverband, Fraktion und Abgeordnetenbüro unter einem Dach, Veranstaltungsraum für bis zu 65 Personen.

Das „Grüne Haus“ hat mit den Umwelttagen und einer Reihe von eigenen Veranstaltungen seine erste Bewährungsprobe bestanden.

Die Tür steht allen offen, barrierefrei, mit einer ökologisch positiv zu bewertenden Innendämmung und mit einer bedarfsgesteuerten und nutzerunabhängigen Lüftung ausgestattet.

So geht vorbildliche Altbauerneuerung.



Eröffnungsparty:

Gut besucht, viele Gäste, tolles Wetter.

Foto: Walter Wandtke



Innen geht die Party weiter



“Aghet”

**In Erinnerung an die Opfer
des Osmanischen Reichs
1915 / 1916**

Gedenkveranstaltung mit armenischem Kulturprogramm

am Samstag, dem 22.08.2015, Beginn: 15.00 Uhr
in der Alte Feuerwache Duisburg, Friedenstraße 5-7, 47053 DU-Hochfeld

Veranstalter: Ratsfraktion und Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Duisburg,
Philosophenweg 2, 47051 Duisburg, Tel.: 0203-330039, www.gruene-duisburg.de



[Einladung in deutscher Sprache](#)

[Einladung in türkischer Sprache](#)

[Einladung in kurdischer Sprache](#)

So sehen Sieger aus

Unser Grünes Dremteam hat beim Drachenbootrennen den 4. von 14 Plätzen belegt.



Glückwünsche!

Ferienpost aus Dänemark

von Sebastian Ritter

Ein Grüner im Pfadfinderlager

Seitdem ich denken kann bin ich Pfadfinder. Dieses vorurteilsbelastete Hobby hat mich auch dieses Jahr wieder dazu veranlasst, mit 11 Kindern und Jugendlichen und 5 Mitleiter*innen ins Sommerferienlager nach Dänemark zu fahren. Die Überzeugungen der Pfadfinderbewegung decken sich mit meinen grünen.

Wir haben den Anspruch, Kinder und Jugendliche auf dem Weg des Erwachsenwerdens zu begleiten und ihnen zu helfen, sich selbst als Verantwortung



tragenden Teil einer sozialen Gruppe zu empfinden, Natur als Wert zu vermitteln und Völkerverständigung erlebbar zu machen.

Mittel dazu sind das Versprechen vor der Gruppe, sich selbst und Gott, der Hike, für den die Gruppe auf eigene Faust unterwegs ist, und alle Aktivitäten von Spiel bis Sport, die ein Jugendzeltlager zu bieten haben.

Nebenbei entwickelt man als Leitender jede Menge Kompetenzen, die auch als politischer Ehrenamtler hilfreich sind: Belastbarkeit, Organisationsvermögen, soziale Kompetenzen, wie Reflexionsfähigkeit und Multiperspektivität.

Ich möchte keinen Moment missen, den ich diesem Hobby geopfert habe. Durch meine grüne und durch meine Pfadfinderbrille bleibt der Appell des Gründers der Pfadfinderbewegung gültig: "Verlasse die Welt ein Stück besser, als du sie vorgefunden hast!"

Geflüchtete in Duisburg – von der Hand in den Mund ?

von Matthias Schneider

Duisburg schiebt viele Aufgaben vor sich her. Dabei werden auch sehr wichtige Fragen in der Stadtspitze immer nur in einer Hinsicht diskutiert: Die Finanzierung und die Auswirkung auf den städtischen Haushalt. Das mag zunächst verständlich erscheinen. Denn im Haushalt sind nur wenige Spielräume da und schon gar nicht für Investitionen in neue Vorhaben. Trotzdem habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, im Bereich der Asylpolitik auch nur mit der Wimper zu zucken, bevor das Notwendige getan wird. Wir Grünen sind uns einig: Wohnungen sind Unterkünfte, gut ausgestattete Wohnheime können Unterkünfte werden, wenn sie in das Quartier eingebunden werden, wenn es Räume für Kontakte zu den vielen hilfsbereiten Menschen im Stadtteil gibt. Turnhallen oder gar Zeltlager sind keine Unterkünfte.

Diese Tage redet der Sozialdezernent der Stadt Duisburg wieder öffentlich von Unterbringung in Zeltlagern. Alle würden das machen, nur in Duisburg sei das durch kurzfristig denkende Menschen verhindert worden. Der Oberbürgermeister, die SPD, die CDU behaupten, echte Unterkünfte für alle Flüchtlinge seien nicht finanzierbar. Es ginge auch nicht so schnell. Das aber ist ganz einfach die Unwahrheit. In Wahrheit muss nur mittelfristig und langfristig geplant werden. Dann wird die gute Unterbringung in echten Unterkünften sogar kostengünstiger. Das haben die Flüchtlingsräte in vielen Bundesländern und Kommunen bereits nachgewiesen. Durch den ständigen Versuch, Kosten auf „das nächste Jahr“ zu verschieben, wird die gesetzlich vorgeschriebene Unterbringung sogar teurer.

Was also wirklich fehlt, ist der politische Mumm, vor allem der SPD in dieser Stadt, Flüchtlingsunterbringung als ganz einfache Pflichtaufgabe zu sehen. Eine Pflichtaufgabe, über die man in Form von Erfolgsberichten redet. Denn alles andere geht zu Lasten des



Rufes der Geflüchteten. Das Lamentieren über vorgebliche Schwierigkeiten und Finanzierungsprobleme erzeugt den falschen Eindruck, die Flüchtlingsunterbringung ginge zu Lasten anderer wichtiger Aufgaben in dieser Stadt. Was fehlt, ist das bisschen Mut, ordentlich zu planen, die Planungen frühzeitig mit den Politiker*innen und der Bevölkerung gemeinsam abzustimmen. Was fehlt, ist der Mut, nach getaner Arbeit, sich einer SPD und einer CDU im Bund selbstbewusst entgegen zu stellen und eine vollständige Übernahme der Kosten einzufordern. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit bei einem Bundesgesetz. Es ist nicht mal der Mumm vorhanden, einen runden Tisch mit allen zu machen, Parteien lädt man aus und gerade auf uns Grüne will man in der Stadtspitze überhaupt nicht hören. Damit, und mit den populistischen Äußerungen des Oberbürgermeisters, rutscht die SPD immer weiter in ein Milieu der Meckerer und Zauderer, die nicht die humane Leistung für Mitmenschen in Not in den Mittelpunkt stellt. Wir Grünen legen immer wieder Vorschläge vor, wie die Unterbringung und Integration der Geflüchteten in Duisburg gut funktionieren kann. Wir werden die Umsetzung jetzt wesentlich lauter einfordern müssen.

Matthias Schneider, Sprecher Grüne Duisburg

Bestände der Rosskastanie sind in Duisburg gefährdet Es stehen 200 kurzfristige Fällungen an

Dietmar Beckmann, OV West/Ruhrort

Roskastanien im Westen

Roskastanien gehören in Duisburg noch zu den häufigeren Straßenbäumen. Duisburg hat etwa 50.000 Straßenbäume laut Baumkataster, davon etwa 8.000 Roskastanien. Viele von ihnen sind um 1900 gepflanzt worden, d.h. sie erreichen langsam das für Straßenbäume erreichbare Höchstalter von 100-150 Jahren. Waren schon 2007 viele im Zustand 3, beobachten wir nun eine nicht vorhersehbare dramatische Verschlechterung ihrer Qualität.

Nach Feststellung der städtischen Straßenbaumkontrolleure müssen kurzfristig Roskastanien auf der Mauerstraße in Hochheide gefällt werden. Insgesamt handelt es sich um **38 Bäume**. Weitere Bäume sind auf der Franzstraße betroffen (108), maximal 53 am Niederhalener Dorfweg in Baerl; insgesamt sind es also, Stand jetzt, etwa 200 alte Bäume! Weitere Entdeckungen sind wahrscheinlich bis sicher.

Die Bäume sind aufgrund eines Befalls mit dem Bakterium *Pseudomonas syringae* nicht mehr standsicher. Mehrfach sind Starkäste ausgebrochen, die aufgrund der Erkrankung mit *Pseudomonas* in Kombination mit holzzersetzenden Pilzen zerstört wurden. Bei dieser Kombination findet ein extrem schneller Holzabbau statt. Vor kurzem brach z.B. ein Starkast mit ca. 25 cm Durchmesser aus einer der Kronen, der hätte auch ein Schulkind treffen können.

Nach Ansicht der Wirtschaftsbetriebe, deren Baumkontrolleure hier aktiv sind, sind in naher Zukunft auch die Bäume auf der Franzstr. (**108 Stämme**) in Hochheide und dem Niederhalener Dorfweg in Baerl (maximal 53 Bäume) betroffen. Auch hier zeigen sich inzwischen deutliche Symptome, wie brauner Ausfluss, Teerflecken am Stamm und Rindennekrosen (*siehe Fotos*).

Ein vergleichbar dramatischer Verlauf einer Baumkrankheit ist bisher noch nicht beobachtet worden.

Bezirksvertreter haben sich Ende Juli vor Ort den Sachverhalt von Mitarbeitern der Wirtschaftsbetriebe erläutern lassen. *Pseudomonas* ist ein für Rosskastanien tödliches Bakterium. Gegenmaßnahmen sind bisher unbekannt. Selbst für Baumexperten überraschend ist der dramatisch schnelle Verlauf der Erkrankung. Weil es sich um einen neuen Erreger handelt, er trat erstmals 2007 in Deutschland auf, sind die Erfahrungen im Umgang mit dem Kastaniensterben noch gering. Da es sich um stadt- bzw. landschaftsprägende Baumreihen mit einem Alter von mehr als 80 Jahren handelt, ist der Verlust besonders herbe. Es gibt Anlass zu der Befürchtung, dass wir in Duisburg bald kaum noch Kastanien haben werden. Schon im Straßenbaumkonzept von 2012 (Büro Danielzik und Leuchter) sind die Bäume in den betroffenen Straßen als „stark geschädigt“ gekennzeichnet.

Die Bezirksvertreter haben das Angebot der Wirtschaftsbetriebe erfreut angenommen, kurzfristig die betroffenen Anwohner über anstehende Baumfällmaßnahmen zu informieren. Wegen der besonderen Gefährdungssituation, die Mauerstraße ist Schulweg, könne es auch keine Verzögerung geben. Hier stehen die Bäume eng beieinander, ungefährer mittlerer Abstand ist 8 Meter, deswegen werden die Seitenbereiche vermutlich komplett umgestaltet werden müssen. Das heißt, dass hier noch vorlaufende Planungen für nötig erachtet werden und Nachpflanzung in der Mauerstraße jedenfalls nicht mehr in diesem Herbst erfolgen können.

Die Mauerstraße wird ihr Aussehen zunächst gründlich verändern.

Verlauf der Erkrankung

Waren zunächst die Bäume „nur“ von der Kastanienminiermotte befallen, mit der die Rosskastanie scheinbar fertig wurde, treten seit 2007 vermehrt andere, bisher nicht beobachtete Baumkrankheiten auf. So zeigen die erkrankten Bäume Kronenverlichtungen und plötzliche Astabbrüche. Im Sägeschnitt zeigt das Holz charakteristische Zeichnungen, eine „Flammfront“ mit der sie sich gegen die eindringenden Bakterien wehrt und klare Strukturunterschiede zwischen befallenem und gesundem Holz.





Das Bakterium dringt durch die Rinde ein, die bei der Rosskastanie äußeren Einwirkungen nur geringen Widerstand entgegen setzen kann und dringt extrem schnell in den Ast- oder Stammquerschnitt vor. Das sofort vermuldete Holz wird in der Folge von holzzerstörenden Pilzen befallen, hier vor allem von Austerseitlingen und Samtfußrüblingen (beide

essbar und wohlschmeckend). Sogar Insektenbohrlöcher wurden schon festgestellt.

Damit ist ein Befall mit *Pseudomonas Wegbereiter* für ein rasch zerstörendes Gemeinschaftswerk von Bakterien und Pilzen, aber sogar Insekten. Das Holz ist wertlos und muss verbrannt werden.

Gefahrbäume

Die Tücke eines *Pseudomonas*-Befalls besteht darin, dass er unter Umständen zu spät erkannt wird. Zum einen gibt es ihn noch nicht lange, die Erfahrungen im Umgang damit sind gering. Zum anderen sind als erstes die meistens noch dicht belaubten Kronäste davon befallen, deren Querschnitt zu gering ist, länger als ein paar Monate Widerstand zu leisten. Bleibt dann bei sommerlicher Trockenheit die Wasserversorgung kurzzeitig aus, kommt es alleine unter dem Gewicht der Blätter und unter Einfluss von ein wenig Wind zum plötzlichen, scheinbar unerklärlichen Abbruch von Ästen im schönsten Sommer. Hier in den belaubten Kronen ist aber ein einzelner Ast vom Bauminспекtor nicht zu erkennen.

Wird jemand von einem solchen Ast am Kopf getroffen, ist er selbst dann mit größter Wahrscheinlichkeit tot, wenn er einen Helm getragen haben sollte.

Völlig klar, dass sowas im Straßenraum nicht sein darf. Ist *Pseudomonas* erkannt, muss der Baum deswegen schnell gefällt werden.

Perspektiven

Die Übertragungswege sind bisher nicht vollständig geklärt. Unter anderem wird nicht desinfiziertes Schnittwerkzeug verdächtigt, eine Rolle bei der Ausbreitung zu spielen. Aber wie desinfiziert man Großgeräte? Einstweilen bleibt nichts anderes übrig, als befallene Bäume zu entfernen und nicht befallene doppelt sorgfältig zu beobachten. Baumpfleger und Botaniker raten von einer vorsorglichen Fällung ab. Roskastanien ohne erkennbaren Befall, empfehlen sie, sollten erhalten werden.

Sehr wahrscheinlich ist, dass in spätestens 5 Jahren die Kastanie als Straßenbaum keine Rolle mehr spielen wird. Sie wird als Solitärbaum in wenigen Exemplaren aber wohl überdauern.

Unser Bedauern wird sich aber in Grenzen halten, wenn wir uns vor Augen halten, dass die

meisten befallenen Kastanien nahezu ihr Höchstalter erreicht haben.

Fachliche Forderung sollte es sein, einen angemessenen Ersatz zügig nachzupflanzen, wobei individuelle, situationsangepasste Lösungen gefunden werden sollten. Kastanien, egal welcher Art oder Sorte, sollten nicht nachgepflanzt werden. Stattdessen sollten angepasste, als Straßenbaum bewährte und unempfindliche Arten gepflanzt werden.

Das Tempo der Ersatzpflanzungen muss aber deutlich erhöht werden, will man keine Verkahlung in Kauf nehmen. Hierfür sollten wir im nächsten Haushalt mehr Mittel einfordern.

Schließlich stehen unsere Alleen unter dem gesetzlichen Schutz des § 47a LschGNRW, auch dann, wenn es sich um Gefahräume handelt.

Dies ist eine Pflichtaufgabe.

Aktion vor Ort: Altersgerechte Quartiersgestaltung in Duisburg-Bruckhausen

Birgit Beisheim, MdL

09.06.2015

Am 09. Juni informierten sich die 29 Abgeordneten der grünen Landtagsfraktion vor Ort in ihren Wahlkreisen über verschiedene Projekt der altersgerechten und inklusiven Quartiersentwicklung.

In diesem Rahmen besuchte die Abgeordnete Dr. Birgit Beisheim ein Projekt in Duisburg-Bruckhausen, das vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter gefördert wird. Dabei wurde sie von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Rat der Stadt

Duisburg, Frau Claudia Leißer begleitet. Pfarrer Rüdiger Klemm von der evangelischen Gemeinde in Bruckhausen und Frau Edeltraud Klabuhn von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU) haben die beiden empfangen und ihnen über die Entstehung und die Besonderheit des Projekts berichtet.

„Das Projekt in Duisburg-Bruckhausen, welches im Wesentlichen von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg und der evangelischen Kirchengemeinde getragen und organisiert wird, ist ein gutes Beispiel für die gemeinsame Ausgestaltung einer altersgerechten Quartiersentwicklung. Die besonderen Bindungen in der Nachbarschaft zeichnen diesen Stadtteil in besonderer Weise aus. Das Miteinander der verschiedenen Kulturen ist in Duisburg allgegenwärtig und auch in Bruckhausen wird dieses Miteinander



v.l. Edeltraud Klabuhn (EG DU), Claudia Leißer (Grüne im Rat der Stadt Duisburg), Pfarrer Klemm (evg. Gemeinde Bruckhausen), Dr. Birgit Beisheim (vorn rechts)

durch die vielen Projektträger gemeinsam gefestigt. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern gut angenommen werden wie beispielsweise ein Nikolausmarkt, Nachbarschaftsfeste, Veranstaltungen zu bestimmten Themen oder ein Tag der offenen Gärten. Organisiert werden diese Angebote als Reaktion auf die Wünsche und Nachfrage der örtlichen Gemeinschaft. Diese festen Bindungen auch im Alter im Quartier zu halten, das ist die Herausforderung der Politik. Dazu hat die rot-grüne Landesregierung ein Landesförderprogramm Pflege und Alter und einen Masterplan für altersgerechte Quartiere.NRW eingerichtet. Auch dieses Projekt in Bruckhausen wird von der Landesregierung mit diesen Fördermitteln unterstützt“, so Beisheim.

„Ein Problem ist die vorhandene Wohnbebauung des Stadtteils, der überwiegend aus alten Zechenhäusern besteht. Die Häuser haben natürlich einen ganz besonderen Charme, ein barrierefreier Umbau wäre allerdings nicht finanzierbar. Durch die Umsetzung des Stadtentwicklungsprojekts „Grüngürtel Nord“ hat sich bereits jetzt die Aufenthaltsqualität in dem Stadtteil Bruckhausen verbessert. Alte, leerstehende Häuser sind Aufenthaltsflächen im Grünen gewichen und der ÖPNV wurde an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen vor Ort angepasst. An der Dieselstraße entsteht aktuell ein neuer Wohnkomplex, der zukünftig 41 barrierefreie Wohnungen anbieten soll. Gleich nebenan ist das schöne Gemeindehaus der evangelischen Gemeinde, das eine Art Zentrale des Quartierslebens darstellt. Hier kommen alle Menschen zusammen, genießen das Essen der Stadteilküche und kommen ins Gespräch. Das Modell ist sicherlich beispielhaft und wird in Duisburg hoffentlich auch in anderen Stadtteilen mit einer hohen Altersquote Schule machen“, so Claudia Leïße, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt Duisburg.

Im Jahr 2004 initiierte die Entwicklungsgesellschaft der Stadt Duisburg gemeinsam mit der evangelischen Gemeinde eine Umfrage unter den Anwohnerinnen und Anwohnern, mit Blick auf die zukünftige altersgerechte Umgestaltung ihres Stadtteils. Bei einer weiteren Umfrage wurden auch gezielt Menschen mit Migrationshintergrund befragt, wie sie sich für einen altersgerechten Verbleib in ihrem Quartier vorstellen. „Die besondere Bedeutung der multikulturell geprägten Nachbarschaft findet bei diesem Projekt eine besondere Berücksichtigung. Das macht deutlich, dass eine angepasste Quartiersentwicklung nur dann funktionieren kann, wenn alle Bürgerinnen und Bürgern sowie deren konkreten Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigt werden. So wurde hier in Bruckhausen aus einem friedlichen Nebeneinander ein friedliches Miteinander“, so Beisheim.

Von Tränengas und Regenbogen

Von Terry Reintke und Felix Banaszat

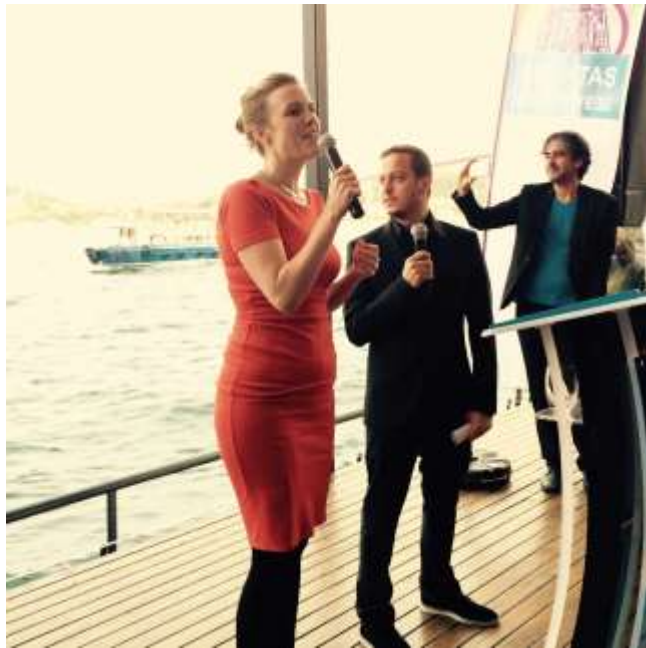


Wir waren zur Pride Week in Istanbul, um uns einen Eindruck der demokratischen Entwicklung der Türkei nach den Wahlen zu verschaffen. Am Ende stand ein massiver Polizeieinsatz gegen LGBT-Aktivist*innen, der Konsequenzen haben muss. Ein politischer Reisebericht.

Terry Reintke

Seit 2003 gehen in Istanbul Lesben, Schwule, Bi-, Inter- und Transsexuelle, Transgender und queere Menschen auf die Straße, um für Menschenrechte zu demonstrieren. Eigentlich hätte es auch dieses Jahr eine wunderschöne Regenbogenparade werden können. Nachdem 2014 circa 60.000 Besucher*innen über die İstiklal Caddesi liefen, sollten es dieses Jahr bis zu 100.000 werden. Alles schien möglich, die Vorzeichen waren gut – gab es doch am Abend zuvor den ersten offiziellen LGBT-Empfang in der Geschichte Istanbuls, zu dem **Sedef Çakmak**, die erste offen lesbische Stadträtin in der Türkei eingeladen hatte. Doch die Ernüchterung folgte prompt: Was als bunte Parade gedacht war, wurde zur Jagd der Polizei auf Aktivist*innen, Tränengas und Wasserwerfer inklusive.

Die über allem schwebende Frage war stets: Wie geht es nun weiter nach den Wahlen und dem Verlust der absoluten Mehrheit von der vormals autoritär regierenden AKP? Nachdem die Gezi-Protteste im Jahr 2013 die tiefe politische Spaltung der Türkei offengelegt haben und die Opposition zu Erdoğan's zunehmend autokratischem Agieren sichtbar wurde,



bahnte sich der Protest mit dem Einzug der HDP in die Große Nationalversammlung der Türkei nun auch seinen parlamentarischen Weg. Ein Hauch von Optimismus und Veränderung lag in der Luft.

Und am Samstagabend gab es auch gleich einen Grund zum Feiern, denn Sedef Çakmak ist vor einiger Zeit als erste offen lesbische Stadträtin in der Türkei in den Rat des Istanbuler Bezirks Beşiktaş nachgerückt. Nun war sie Gastgeberin des ersten offiziellen LGBT-Empfangs in der Geschichte des Landes. Die Hoffnung, dass der Kampf für gleiche Rechte trotz all der Strapazen gewonnen werden kann, lag in der Luft. Umso beschwingter machten wir uns am Sonntag deshalb auch auf den Weg in Richtung Taksim-Platz, wo die Pride beginnen sollte.

Dann ging alles Schlag auf Schlag: Gerade einmal eineinhalb Stunden vor ihrem geplanten Beginn wurde die Pride verboten. Uns war klar, dass diese Maßnahme bewusst zur Eskalation beitragen sollte, denn immerhin waren viele Teilnehmer*innen bereits auf dem Weg zur Pride oder sogar schon vor Ort. Wir versuchten, über die Delegation der Europäischen Union vor Ort zu erreichen, dass die Pride stattfinden kann. Aber der Istanbuler Gouverneur blieb hart und ließ die Polizei aufmarschieren. Jetzt war klar: So entspannt würde dieser Nachmittag nicht mehr werden.

Felix Banaszak

*Angekommen am Taksim-Platz verlor sich unsere Gruppe im Gedränge, sodass wir fortan in drei kleineren Gruppen unterwegs waren. Die Polizei sperrte die İstiklal ab und drängte einige Demonstrant*innen, unter anderem meine Begleiter*innen und mich, auf eine Nebenstraße. Hier konnten wir sogar zeitweise ausgelassen feiern und unsere Botschaften auf die Straße bringen. Es war eine riesige Kraft zu spüren. Verglichen zu den teilweise arg*



kommerzialisierten CSD-Paraden in Deutschland überwogen hier bunte Fahnen und laute Sprechchöre. Aber jeder Versuch, wieder auf die İstiklal zu kommen, wurde von der Polizei unterbunden. Wir gerieten in Wasserwerfer- und Tränengas-Attacken der Polizei, später waren wir zwischenzeitlich in Nebenstraßen eingeschlossen. **Max Luks** aus dem GRÜNE-JUGEND-Bundesvorstand, der mit mir unterwegs war, beschreibt seine Eindrücke [hier](#).

Terry

Mit **Gönül Eğlence**, der Grünen Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin in Essen, und **Menekşe Kizeldere** von der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul bekam ich durch meinen Abgeordnetenausweis Zutritt auf die İstiklal, als die Attacken der Polizei losgingen. Nach einer Odyssee durch Tränengaswolken in den engen Seitenstraßen der İstiklal gelang es



uns, zu einer Pressekonferenz von HDP- und CHP-Abgeordneten auf dem Taksim-Platz zu gelangen. Nachdem die politischen Statements beendet waren, kam die Ansage: „Die Abgeordneten werden losgehen. Wenn die Polizei dies zu verhindern gedenkt, ist das ihre Entscheidung.“ Erst an dem Punkt wurden die Polizisten (sic!) sichtlich unruhig. Sollten vor den Augen der Presse – mit dutzenden Kameras vor Ort – Parlamentsabgeordnete und Aktivist*innen angegriffen werden, um sie vom Losziehen abzuhalten? Schlussendlich obsiegte die Vernunft. Als wir losgingen, öffneten sich die Polizeiketten und die Wasserwerfer wurden zur Seite gefahren, sodass der Zug unter dem tosenden Beifall der Zuschauer*innen aus den Fenstern die Freiheitsstraße herunterziehen konnte. Und Gönül flüsterte mir zu: „Und das ist doch alles, was die Leute wollten.“

Felix

Irgendwann gelang es auch unserer Gruppe, auf die İstiklal vorzustößen. Kurz sah es so aus, als gäbe es noch ein gutes Finale: Ein größerer Demonstrationszug konnte nun endlich dort entlangziehen, wo es ursprünglich auch geplant war. Allzu lange sollte dies nicht andauern. Nach einiger Zeit kamen Polizeitrupps und bahnten sich den Weg. Absurde Szenen von schnell hin- und herfahrenden Wasserwerfern, die wahllos in die Menge spritzten. Und immer das beißende Tränengas in Augen, Mund und Nase.

Schließlich trafen wir uns alle am Galataturm und machten uns auf den Weg zur Party. Denn selbst nach einem für uns alle erschöpfenden Tag wollten wir unsere Rechte feiern. Wenige Minuten gab es Szenen euphorischen Tanzens – allerdings mit Mundschutz, denn das Tränengas war noch immer in der Luft. Plötzlich rannten die Menschen wild weg, weil ein Wasserwerfer versuchte, in die enge Seitenstraße vorzudringen, in der die Party stattfand. Allein die Enge konnte ihn stoppen.



Nun geht es darum, die Vorkommnisse politisch aufzuarbeiten. Diese **klägliche Machtdemonstration Erdogans** wenige Wochen nach der Parlamentswahl muss ein Nachspiel haben. Zu Recht müssen er und seine AKP befürchten, ihre autoritäre Herrschaft fortan nicht mehr ohne Gegenwehr durchsetzen zu können. Doch auch massive Gewalt kann den demokratischen Aufbruch nicht behindern. Im Vergleich zu anderen, brutalen Polizeieinsätzen der vergangenen Jahre steht die Türkei jetzt an einem anderen Punkt. Die Opposition lebt, und die Ereignisse der Pride werden dazu beitragen, den ungebrochenen Mut der Zivilgesellschaft zu stärken. Diese progressiven Kräfte

brauchen Unterstützung aus ganz Europa.

Wir haben deshalb gemeinsam mit Ska Keller eine **schriftliche Anfrage an die EU-Kommission** gestellt. Wir wollen wissen, was die Europäische Union vor dem Hintergrund dieser Vorkommnisse tut, um LGBT-Rechte in der Türkei zu schützen. Von der Antwort erhoffen wir uns nicht nur mehr Klarheit, sondern auch einen Anstoß, dass die Europäische Union eine aktivere Rolle in der Unterstützung des demokratischen Aufbruchs in der Türkei einnimmt. Dazu gehört auch, die Kapitel 23 und 24 der Beitrittsverhandlungen zu öffnen – also die Gespräche über Justiz und Grundrechte bzw. Justiz, Freiheit und Sicherheit. Es muss eine europäische Perspektive für die emanzipatorischen Kräfte im Land geben.

Dieses Wochenende hat gezeigt, dass der Kampf für LGBT-Rechte ein mindestens europäischer, ja globaler Kampf ist. Wir sehen die Konservativen in ihrem Abwehrkampf und wir wissen um die Gefahr, die von ihnen ausgeht. Aber die Menschen auf den Straßen Istanbuls haben der Repression getrotzt und gefeiert. Und mit jedem Wasserwerfer, den sie auf uns richten, werden wir stärker, lauter und bunter.

Weitere Sommer-Ausflüge...

fraktion:GRÜN Ausgabe 09/2015

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

das Parlament macht Sommerpause, aber die Politik schläft nie. Beim Thema Glyphosat ist sie sogar spannend wie ein Thriller. Im März warnten Experten der Weltgesundheitsorganisation, der Pflanzenkiller sei wahrscheinlich krebserregend. Deutschland ist für die EU Berichterstatter und muss einen Vorschlag abgeben, ob das Gift eine Neuzulassung bekommt. Die Bundesregierung und Deutschlands oberste Risikobewerter vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) verharmlosen aber die Risiken des Ackergifts seit Bekanntwerden der WHO-Krebswarnung im Schulterschluss mit dem größten Glyphosat-Hersteller Monsanto. Jetzt haben die WHO-Experten mit ihrer ausführlichen Begründung nachgelegt. Der nächste Schlagabtausch findet spätestens am 28. September in der öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss statt.

Alle Details zum Thema Glyphosat und viele weitere spannende Themen und Berichte finden Sie auch im Sommer auf gruene-bundestag.de.

Sonnige Grüße - Ihre Redaktion

Grüne Landwirtschaft vor Ort | 30.07.2015



Höfetour in Westfalen und dem Münsterland

Anton Hofreiter und Friedrich Ostendorff haben mit Landwirten und Funktionären über grüne Landwirtschaft gesprochen und dabei einen Musterstall für artgerechte Schweinehaltung und einen konventionellen Betrieb besucht.

[weiterlesen](#)

WHO-Monografie Glyphosat | 29.07.2015



Glyphosat-Krebsrisiko gründlich prüfen

Im März 2015 gaben die Krebsexperten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekannt, dass das weltweit meistverwendete Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ sei. Seitdem tobt die Debatte um den Stoff. Jetzt ist die Monografie mit der ausführlichen Begründung der WHO-Krebsforschungsagentur IARC erschienen.

[weiterlesen](#)

Steigende Flüchtlingszahlen | 29.07.2015



Nachhaltige Unterstützung statt Stammtischpolitik

Länder und Kommunen stehen angesichts steigender Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen. Stammtischparolen helfen nicht weiter. Wir schlagen strukturelle Lösungen vor.

[weiterlesen](#)

Atommüll | 29.07.2015



Wer den Müll macht, muss zahlen

Die Bundesregierung muss rasch handeln, damit die großen Stromkonzerne sich ihrer Verantwortung für die Rückbaufinanzierung der AKWs und der Atommüllentsorgung nicht entziehen können. Ein aktuelles Gutachten empfiehlt die Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds.

[weiterlesen](#)

Und wir gedenken in diesen Tagen dem

70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Dazu Pressemeldungen von der GRÜNEN Bundesebene:

[**Hiroshima und Nagasaki: Tage des Gedenkens, Tage des Handelns**](#)

[**Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht aufgeben**](#)